



Treaty Series No. 14 (1991)

Exchange of Notes

between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Governments of the French Republic,
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
and the United States of America

concerning the presence in Berlin of armed forces
of the French Republic, of the United Kingdom of
Great Britain and Northern Ireland and of the
United States of America

Bonn, 25 September 1990

[The Agreement entered into force on 3 October 1990]

*Presented to Parliament
by the Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs
by Command of Her Majesty
February 1991*

LONDON : HMSO

£2.75 net

**EXCHANGE OF NOTES
BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND THE GOVERNMENTS OF THE FRENCH REPUBLIC,
THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND
AND THE UNITED STATES OF AMERICA CONCERNING THE PRESENCE
IN BERLIN OF ARMED FORCES OF THE FRENCH REPUBLIC, OF THE
UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND AND OF
THE UNITED STATES OF AMERICA**

No. 1

*The State Secretary of the Federal Ministry of Foreign Affairs of the Federal Republic of
Germany to the Ambassadors of France, the United Kingdom and the United States of
America at Bonn*

*Bonn
25 September 1990*

Exzellenzen,

ich beehre mich, auf die kürzlich zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland geführten Gespräche Bezug zu nehmen. Diese Gespräche fanden im Anschluß an das Ersuchen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland um den Verbleib von Streitkräften der anderen drei Staaten in Berlin statt. Der Aufenthalt dieser Streitkräfte wird die fortdauernde Solidarität der anderen drei Staaten mit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere mit der Stadt Berlin und ihren Einwohnern zum Ausdruck bringen, indem er einen Beitrag zur Sicherheit Berlins leistet. Ich beehre mich daher, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes vorzuschlagen:

1. Die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland vereinbaren für einen begrenzten Zeitraum den Aufenthalt von Streitkräften der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Berlin.
2. Die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte dürfen sich auf dem jeweiligen Stand (Personal und militärische Ausrüstung) vom 12. September 1990 in Berlin aufhalten.
3. Die amerikanischen, britischen und französischen Truppen, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen in Berlin oder auf dem Weg zwischen Berlin und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein haben die gleiche Rechtsstellung, die ihnen in diesen Ländern gewährt wird.
4. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet den amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften in Berlin in Übereinstimmung mit den einschlägigen deutschen Rechtsvorschriften die fortdauernde und kostenlose Verfügbarkeit von Einrichtungen und Liegenschaften, die zur Erfüllung ihres Auftrags erforderlich sind. Einrichtungen und Liegenschaften, die bisher genutzt wurden, jedoch nicht länger für die Erfüllung dieses Auftrags erforderlich sind, werden so bald wie möglich an die deutschen Behörden zurückgegeben.
5. Die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte in Berlin stimmen alle Tätigkeiten eng mit den zuständigen deutschen Behörden ab, wobei Übereinstimmung darüber besteht, daß die Hauptverantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit Berlins bei deutschen Behörden liegt. Zu diesem Zweck treffen sie für Verbindungsmaßnahmen geeignete Absprachen.
6. Die Bundesrepublik Deutschland stellt Einrichtungen für die Ausbildung der amerikanischen, britischen und französischen Truppen nach Maßgabe der jeweiligen nationalen Ausbildungsnormen und der in Anlage I dieser Vereinbarung niedergelegten Grundsätze zur Verfügung.

7. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die den amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrags entstehenden Kosten in Übereinstimmung mit den in Anlage 2 dieser Vereinbarung niedergelegten Grundsätzen sowie aufgrund späterer zwischen den betroffenen Vertragsparteien gegebenenfalls zu treffender Vereinbarung.

8. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet und erleichtert Luftbewegungen nach und von Berlin und Landbewegungen zwischen Berlin und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein durch amerikanische, britische und französische Streitkräfte.

9. Die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland kommen überein, so bald wie möglich etwaige ergänzende Abmachungen auszuarbeiten, die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlich sind.

10. Diese Vereinbarung kann auf Antrag einer Vertragspartei nach Ablauf von zwölf Monaten nach ihrem Inkrafttreten jederzeit von den Vertragsparteien zu dem Zweck überprüft werden, Einvernehmen über Änderungen zu erzielen.

11. Diese Vereinbarung kann von jeder Vertragspartei durch schriftliche Anzeige an die anderen Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten beendet werden.

Falls sich die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note einschließlich ihrer Anlagen und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen unseren vier Regierungen bilden, die nach Erfüllung etwa erforderlicher verfassungsrechtlicher Voraussetzungen in Kraft tritt, wenn die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte unwirksam werden. Jede Regierung unterrichtet die anderen über die Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Voraussetzungen.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note und ihrer Anlagen sind beigefügt; alle drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

LAUTENSCHLAGER

ANLAGE 1

Grundsätze für die Ausbildung

1. Die amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Berlin betreiben und unterhalten auch weiterhin die Ausbildungseinrichtungen, für die sie am 12. September 1990 verantwortlich waren. Darüber hinaus haben sie vorbehaltlich der Nummer 4 dieser Anlage auch weiterhin das Recht, Übungsgelände in Berlin zu nutzen, die ihnen am 12. September 1990 zur Verfügung standen.
2. Einzelausbildung und Ausbildung von Verbänden bis zur Größe eines verstärkten Bataillons werden auch weiterhin unter Nutzung der bestehenden Ausbildungseinrichtungen und Übungsgelände innerhalb Berlins durchgeführt.
3. Der künftige Bedarf an Übungsgelände richtet sich nach der Größe und Zusammensetzung der amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Berlin.
4. Jede Verringerung der Ausbildung amerikanischer, britischer und französischer Truppen in Berlin nach Zeit, Ort und Art erfolgt durch zweiseitige Vereinbarung zwischen den Behörden der betroffenen Streitkräfte und den zuständigen deutschen Behörden.
5. Die zuständigen deutschen Behörden erleichtern die Nutzung von Ersatzausbildungseinrichtungen und -übungsgeländen durch die in Berlin stationierten Truppen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs. Deren Eignung wird durch zweiseitige Vereinbarung zwischen den zuständigen deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs festgelegt.
6. Fallen durch die Nutzung erforderlicher Ersatzausbildungseinrichtungen und -übungsgelände zusätzliche Kosten an, so stellen die zuständigen deutschen Behörden gemäß den Grundsätzen für die Finanzierung in Anlage 2 dieser Vereinbarung ausreichende Mittel zur Verfügung, um diese den Streitkräften Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Berlin entstehenden Kosten auszugleichen.

ANLAGE 2

Grundsätze für die Finanzierung

1. Die Bundesrepublik Deutschland trägt weiterhin die Kosten für dieselben Ausgabenkategorien wie bisher, wobei die Höhe der Finanzierung in dem erforderlichen Umfang anzupassen ist, um der Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und etwaigen Reduzierungen der Truppenstärke und bei den zivilen Beschäftigten Rechnung zu tragen.
2. Der Finanzbedarf der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland ("die drei Staaten") wird jährlich auf zweiseitiger Grundlage ermittelt und die Finanzierung durch die Bundesrepublik Deutschland nach Abschluß ihrer haushaltsrechtlichen Verfahren bestätigt. Die drei Staaten erklären sich damit einverstanden, ihren Bedarf erforderlichenfalls näher zu erläutern. Sie veranschlagen ihre Kosten im Einklang mit ihren jeweiligen nationalen Normen auf dem niedrigsten Niveau, das mit dem Auftrag ihrer Streitkräfte vereinbar ist. Im übrigen werden die bisherigen Verfahrensgrundsätze für die Aufstellung und Durchführung des Haushalts angewandt. Die Ausgaben unterliegen der Rechnungsprüfung im Einklang mit den jeweiligen nationalen Normen. Die drei Staaten berücksichtigen in angemessener Weise die Erfordernisse des Bundesrechnungshofs, die ihnen durch die einschlägigen Kanäle übermittelt werden.
3. Die Ausgaben für einzelne Einrichtungen, die mit den Rechten und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte im Zusammenhang stehen, darunter auch die Missionen der drei Staaten, werden über vereinbarte Abwicklungszeiträume bis spätestens 31. Dezember 1991 schrittweise abgebaut.
4. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Kosten für die Auflösung der Einrichtungen der drei Staaten, deren Aufgaben erlöschen, sowie für die Fortführung etwaiger auf Wunsch der Bundesrepublik Deutschland durchzuführender Aufgaben. Hierfür gelten gesonderte Abmachungen.
5. Während der unter Nummer 3 dieser Anlage genannten Abwicklungszeiträume gewährleistet die Bundesrepublik Deutschland die fortgesetzte und kostenlose Verfügbarkeit von Sachen, die bisher mit der Ausübung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte im Zusammenhang standen.
6. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich damit einverstanden, daß während der Abwicklungszeiträume die derzeit gültigen Berliner Tarifvertragsregelungen für diejenigen Beschäftigten fortgelten, für die sie auch bisher gegolten haben. Beschäftigte, die nicht unter den Berliner Tarifvertrag fallen und ihren Arbeitsplatz verlieren, werden möglichst wohlwollend behandelt.
7. Über ihre regelmäßigen Überprüfungen hinaus sind die drei Staaten bereit, in Einzelfällen zu prüfen, ob ihr Bedarf an bestimmten Liegenschaften fortbesteht, an denen die deutsche Seite ein besonderes Interesse hat. Dies gilt insbesondere für die Zeiträume, während deren Einrichtungen aufgelöst werden.
8. Die in zweiseitigen Beratungen bereits konsultierten Haushaltsansätze für 1991 werden unter Berücksichtigung der Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und etwaiger Truppenreduzierungen auf zweiseitiger Grundlage überprüft und, soweit erforderlich, angepaßt.

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place recently between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America. These discussions took place following the request by the Government of the Federal Republic of Germany that armed forces of the other three States should remain in Berlin. The presence of these forces will demonstrate the continued solidarity of the other three States with the Federal Republic of Germany and especially with the city of Berlin and its inhabitants in contributing to the security of Berlin. I accordingly have the honour to propose on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany the following:

1. The Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the presence, for a limited period, of forces of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America in Berlin.
2. The French, United Kingdom and United States forces may be present in Berlin up to their respective levels (personnel and military equipment) in effect on 12 September 1990.
3. The French, United Kingdom and United States forces, their civilian components, their members and dependents in Berlin or moving between Berlin and the Länder Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North-Rhine/Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein shall enjoy the same status as that accorded to them in those Länder.
4. The Federal Republic of Germany shall guarantee to the French, United Kingdom and United States forces in Berlin in accordance with the relevant German legislation the continued availability at no cost of facilities and accommodation which are necessary for the fulfilment of their mission. Facilities and accommodation used until now, but no longer necessary for the fulfilment of this mission, shall be released to the German authorities as soon as possible.
5. The French, United Kingdom and United States forces in Berlin shall closely co-ordinate all activities with the competent German authorities on the understanding that primary responsibility for ensuring the security of Berlin rests with German authorities. For this purpose, they shall establish appropriate liaison arrangements.
6. The Federal Republic of Germany shall provide facilities for the training of the French, United Kingdom and United States forces in accordance with respective national training standards and with the principles in Annex 1 to this Agreement.
7. The Federal Republic of Germany shall provide for costs of the French, United Kingdom and United States forces related to the fulfilment of their mission, in accordance with the principles in Annex 2 to this Agreement and as may subsequently be agreed between the Parties concerned.
8. The Federal Republic of Germany shall guarantee and facilitate air movements to and from Berlin and surface movements between Berlin and the Länder Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North-Rhine/Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein by French, United Kingdom and United States forces.
9. The Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to develop, as soon as possible, any additional arrangements that may be needed to carry out the provisions of this Agreement.
10. This Agreement may be reviewed by the Parties thereto at the request of any Party for the purpose of reaching agreement on modification or amendment at any time after an initial period of twelve months after its entry into force.
11. This Agreement may be terminated upon twelve months' written notice by any Party to the other Parties.

If the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the content of this Note, this Note, including its Annexes, and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our four Governments, which shall enter into force, following completion of any necessary constitutional requirements, when Quadripartite rights and responsibilities cease to have effect. Each Government shall notify the others of the completion of its constitutional requirements.

The English and French texts of this Note and its Annexes are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurances of my highest consideration.

ANNEX 1

Principles for Training

1. The French, United Kingdom and United States forces in Berlin shall continue to control and maintain training facilities for which they were responsible on 12 September 1990. In addition, they shall, subject to paragraph 4 of this Annex, continue to enjoy the use of training areas in Berlin which were available to them on 12 September 1990.
2. Individual training and collective training up to and including battalion task force/battalion group level shall continue to be accomplished utilising the existing training facilities and areas inside Berlin.
3. The future training area requirements shall take into account the size and composition of the French, United Kingdom and United States forces in Berlin.
4. Any reductions in the times, places and types of training in Berlin for French, United Kingdom and United States forces shall be effected by bilateral agreement between authorities of the respective forces and the competent German authorities.
5. The competent German authorities shall facilitate the use of replacement training facilities and areas by the forces of France, the United Kingdom and the United States stationed in Berlin. Their suitability shall be determined by bilateral agreement between the competent German authorities and the authorities of the forces of France, the United Kingdom and the United States respectively.
6. Should the use of required replacement training facilities and areas involve additional costs, the competent German authorities shall provide sufficient funds to offset such costs to the forces of France, the United Kingdom and the United States in Berlin in accordance with the Principles for Funding in Annex 2 to this Agreement.

ANNEX 2

Principles for Funding

1. The Federal Republic of Germany shall continue to pay for the same categories of expenditure as at present, the funding to be adjusted as appropriate to take account of the termination of Quadripartite rights and responsibilities, and of any reductions in force levels and civilian employees.
2. The expenditure requirements of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America (" the three States ") shall be established annually on a bilateral basis and the funding confirmed by the Federal Republic of Germany following completion of its budgetary procedures. The three States accept that their requirements may need to be presented in greater detail. They shall estimate their costs, in accordance with their national standards, at the lowest level consistent with the mission of their forces. The agreed principles of budgetary management shall otherwise be applied. Expenditure shall be audited according to national standards. The three States shall as appropriate take into consideration the requirements of the Bundesrechnungshof (the Federal Audit Agency), as communicated through the relevant channels.
3. Expenditure on individual institutions associated with Quadripartite rights and responsibilities, including the missions of the three States, shall be phased out over agreed transitional periods by no later than 31 December 1991.
4. The Federal Republic of Germany shall bear the costs of dissolving the institutions of the three States whose functions cease to exist, and for the continuation of any functions requested by the Federal Republic of Germany. Separate arrangements shall apply for the latter.
5. During the transitional periods referred to in paragraph 3, the Federal Republic of Germany guarantees the continued availability at no cost of property hitherto associated with the exercise of Quadripartite rights and responsibilities.
6. The Federal Republic of Germany accepts that during the transitional periods the present Berlin Tariff Agreement arrangements shall continue for those employees to whom they apply at present. Non-Berlin Tariff Agreement employees who are made redundant shall be treated as sympathetically as possible.
7. The three States are prepared in individual cases to examine, in addition to their regular reviews, their requirements for properties in which the German side has a particular interest. This applies especially in the periods during which institutions are being dissolved.
8. The 1991 estimates already consulted bilaterally, adjusted as appropriate to take account of the termination of Quadripartite rights and responsibilities and of any reductions in force levels, shall be reviewed on a bilateral basis.

No. 2

*Her Majesty's Ambassador at Bonn to the State Secretary of the Federal Ministry of
Foreign Affairs of the Federal Republic of Germany*

*British Embassy
Bonn*

25 September 1990

Your Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of your Note of 25 September 1990 concerning the presence in Berlin of armed forces of the French Republic, of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of the United States of America, the English text of which reads as follows:

[As in No. 1]

I have the honour to inform you that the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland agree to the content of Your Excellency's Note. Accordingly, Your Excellency's Note, including its Annexes, this reply and the replies^a of the Ambassador of the French Republic and the Ambassador of the United States of America expressing their Governments' agreement shall constitute an Agreement between our four Governments, which shall enter into force, following completion of any necessary constitutional requirements, when Quadripartite rights and responsibilities cease to have effect.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration.

CHRISTOPHER MALLABY

^aSimilar replies were sent by the Ambassadors of the French Republic and the United States of America.



HMSO publications are available from:

HMSO Publications Centre

(Mail and telephone orders only)

PO Box 276, London SW8 5DT

Telephone orders 071-873 9090

General enquiries 071-873 0011

(queuing system in operation for both numbers)

HMSO Bookshops

49 High Holborn, London, WC1V 6HB 071-873 0011 (Counter service only)

258 Broad Street, Birmingham, B1 2HE 021-643 3740

Southey House, 33 Wine Street, Bristol, BS1 2BQ (0272) 264306

9-21 Princess Street, Manchester, M60 8AS 061-834 7201

80 Chichester Street, Belfast, BT1 4JY (0232) 238451

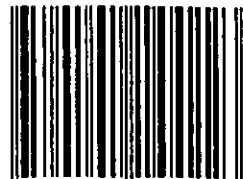
71 Lothian Road, Edinburgh, EH3 9AZ 031-228 4181

HMSO's Accredited Agents

(see Yellow Pages)

and through good booksellers

ISBN 0-10-114422-9



9 780101 144223